

Volks-Zeitung

Ausgabe A

für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk

63. Jahrgang

Bochumer Volkszeitung

Fortes in fide!

Bochumer Stadtanzeiger

Westfälische Volks-Zeitung

verbunden mit den Bezirksausgaben B und C für Essen, Steele, Hattingen und Wattenscheid
Geschäftsstelle und Redaktion: Bochum, Mühlenstraße 12-14 / Fernruf 64746-64748

Nr. 213

Freitag, den 14. September (Kreuz Erhöhung)

1934

Blutige Bekämpfung des amerikanischen Streiks

Mit Bajonetten und Maschinengewehren werden die Streikenden auseinandergetrieben

Zahlreiche Opfer

Washington, 13. Sept.

Die „Arbeitsberichte“ aus den Streikzentren lauten trotz der scharfen Abwehrmaßnahmen der Bundesbehörden von Stunde zu Stunde beunruhigender. Trotz des verstärkten Ausnahmestandes, der nach schweren Unruhen vom Gouverneur von Rhode Island über die Städte Pawtucket und Central Falls verhängt wurde, ist es am Mittwochmittag und im Laufe des Abends wiederum zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, die Hunderte von Verwunden und einen Toten forderten. Die Fabrikarbeiter und einen Teil der Streikenden, die in der Stadt Pawtucket sich verschanzten, wurden von der Nationalgarde mit Bajonetten und Maschinengewehren auseinandergetrieben. In der Stadt Central Falls wurden die Streikenden von der Nationalgarde mit Bajonetten und Maschinengewehren auseinandergetrieben. In der Stadt Pawtucket wurden die Streikenden von der Nationalgarde mit Bajonetten und Maschinengewehren auseinandergetrieben.

brufen und gegen mit Arbeitswilligen besetzte Lastautos einermäßen die Ruhe wiederhergestellt werden konnte, ereigneten sich gegen Abend ebenfalls neue Zusammenstöße. Die täglich wachsende Verlustzahl auf Seiten der Textilarbeiter hat ihren Führer Gorman zu schweren Anklagen gegen den Kriegsminister veranlaßt. In einem Brief an Präsident Roosevelt, von dem Kopien an den Kriegsminister selbst sowie an die Gouverneure der fünf Bundesstaaten, in denen sich die schwersten Kämpfe bisher abgespielt haben, übergeben worden sind, nennt Gorman die Verwendung der Militärtruppen „höchst unangebracht“ und fordert ihre sofortige Zurückziehung, da er sonst für die Verhinderung von noch blutigeren Ausschreitungen keine Garantie übernehmen könne.

Schlichtungsausschuß gibt seine Bemühungen auf

DNB Washington, 13. Sept. Der Schlichtungsausschuß hat seine Bemühungen um einen Schiedsspruch im Textilarbeiterstreit aufgegeben. Der Ausschuß gibt folgende Verlautbarung heraus:

Trotz zweitägiger Bemühungen waren wir außerstande, von den Arbeitgebern die Zustimmung zur grundsätzlichen Annahme einer schiedsgerichtlichen Entscheidung oder einer ähnlichen Maßnahme zu erlangen. Wir bedauern dies tief, glauben aber, daß es möglich ist, andere Wege zu finden, die zu einer schnellen, wirksamen und gerechten Regelung führen können.

Polnischer Angriff in Genf

Mitarbeiter im Minderheitenschutz eingeklinkt — Alle Völkerbundsmitglieder sollen den gleichen Schutzverpflichtungen unterworfen werden

Entweder — oder

DNB Genf, 13. September. Der polnische Außenminister Bed hat am Donnerstag in einer aufsehenerregenden Rede vor der Vollversammlung des Völkerbundes die praktische Mitwirkung Polens an der Durchführung seiner internationalen Minderheitenschutzverpflichtungen vom heutigen Tage ab gekündigt. Polen habe in seinem Antrag an die Völkerbundversammlung die Verallgemeinerung dieser Verpflichtungen verlangt, und es habe an dieser Forderung fest und erzwarte eine klare und deutliche Antwort. Wenn die Antwort positiv sei, so werde es an der Ausarbeitung der Bestimmungen für ein allgemeines Minderheitenschutz mitarbeiten, wobei die polnische Regierung es für selbstverständlich halte, daß dabei die besonderen Bedingungen der anderen Erdteile berücksichtigt werden. Allerdings habe er den Eindruck gewonnen, daß sich bei der Mehrzahl der Regierungen die ablehnende Haltung gegenüber dem polnischen Antrag, die schon im vergangenen Jahre zu einer Zurückweisung der polnischen Forderungen geführt habe, nicht verändert habe.

Adolf Hitler und Neurath auf dem Balkon des Reichspräsidentenpalais

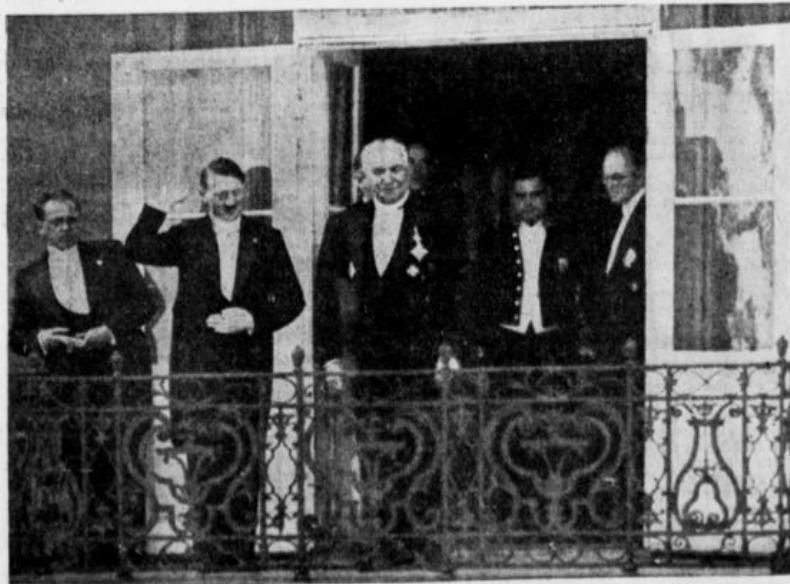


Bild zeigt den Reichsführer und Kanzler Adolf Hitler auf dem Balkon des Palais in der Wilhelmstraße, während er die Menschenmenge grüßt. Neben ihm rechts Reichsaußenminister Freiherr von Neurath.

Für eilige Leser

Wegen der Ausbreitung der spinalen Kinderlähmung sind am Mittwoch sämtliche Schiedsmannschaften bis auf weiteres geschlossen worden. In Erwiderung des gestrigen Beschlusses des Diplomatischen Korps hat die Führer und Reichsführer heute mittags 12 Uhr dem Tonen des Diplomatischen Korps einen Gegenbesuch ab. Die Kritik zur Anmeldung der Betriebe des Landhandels und der Vieh- und Forstwirtschaft ist schärflicher Erzeugnisse zum Reichsnährland ist bis zum 30. September 1934 verlängert worden. Der Hotelwirt des „Deutschen Hofs“ in Nürnberg, Johannes Klein, bei dem der Führer des letzten Aufenthalts genommen hatte, ist heute feierlich beieingen worden. Die Pariser Presse bringt den Empfang des Diplomatischen Korps in Berlin an erster Stelle und legt besonderen Nachdruck auf die neue Erklärung des Führers über den Friedenswillen Deutschlands. Der größte Teil der Europaliegert ist am Donnerstagmorgen zwischen 6 und 7 Uhr von Rom zum Weiterflug gestartet.

Glossen

Diplomateneingang

Es sind noch nicht dreiviertel Jahre verfloßen, daß das Berliner Diplomatische Korps in der Wilhelmstraße aufgeführt, um dem Oberhaupt des Deutschen Reiches seine Glückwünsche zum Jahreswechsel darzubringen. In der Rück Erinnerung ist es heute besonders schmerzhaft, daß es Hindenburgs letzter Neujahrsempfang gewesen ist. Die Glückwünsche der Diplomaten, die ihm auch persönlich dargebracht wurden, keiten das Jahr ein, in dem er uns für immer verlassen hat. So tauchen alte Schatten auf, die die Erinnerung besonders stark beschwören. Aber das Leben geht weiter, das deutsche Volk hat sich in Adolf Hitler das neue Staatsoberhaupt erkoren, so daß er, dem auch nach der Verfassung der Reicher mit den fremden Diplomaten obliegt, nunmehr gewissermaßen ihre Neumeldung entgegenzunehmen hatte. Die Woche des Parliaments hatte diesen feierlichen Staatsakt noch um ein Weniges hinausgerückt. Nunmehr ist er vor sich gegangen und genau durch Form und Inhalt weit mehr als den Charakter einer bloßen Zeremonie oder einer diplomatischen Höflichkeit gepflogenheit. Freilich mag es uns eigenartig erscheinen, daß die Vertreter derselben Länder, deren Presse heute in heftiger Weise über Deutschland und unseren Führer herfällt, ihm offiziell die Hand zum Gruße reichen und Worte der Beglückwünschung aussprechen, daß es ihm gelingen möge, sein hohes Amt so zu führen, daß es zum Wohle des Deutschen Reiches und Volke diene. Wir brauchen diesen scheinbaren Widerspruch nicht tragisch zu nehmen. Wir wissen, daß sich der Führer persönlich des höchsten Ansehens innerhalb des Diplomatischen Korps erfreut. Die Beziehungen, die bislang zwischen ihm als Reichsführer und den auswärtigen Diplomaten bestanden, erlahben nunmehr nach dem offiziellen Staatsbesuch bei ihm als Reichsoberhaupt noch ganz andere Vertiefungsmöglichkeiten, da nach diplomatischem Grundgesetz der Vertreter eines fremden Staates jederzeit das Audienzrecht in Anspruch nehmen kann. In Zukunft werden noch ganz andere Möglichkeiten unmittelbarer Aushandlung und Aussprachen als bislang. Mögen die fremden Diplomaten von dieser Verständigungsmöglichkeit nur recht eifrig Gebrauch machen, damit das Mißverständnis immer geringer werde, das auch heute noch zum großen Teil die falsche und damit feindliche Meinung der Außenwelt gegen uns erzeugt. Der Führer hat in seiner Schlussbotschaft beim Parliamentsgong noch einmal eindringlich unterstrichen, daß er, seine Regierung und das deutsche Volk von aufrichtigem Friedenswillen befeelt seien. An der Gelegenheit, sich immer wieder von neuem davon zu überzeugen, wird es den in Berlin beurlaubten Diplomaten wahrlich nicht fehlen. So stellt sich der Diplomateneingang beim Führer als ein Brückenschlag dar zwischen den Ufern deutschen

und zufällig, da hier ganz und dort teilweise und an anderer Stelle wieder überhaupt nicht angewandt. Bei manchen Staaten habe man sich mit ganz einfachen Erklärungen begnügt, und andern erlasse man sogar beim Eintritt in den Völkerbund diese Erklärungen, welches auch immer die Lage der Minderheiten auf ihrem Gebiete sei.

Am übrigen habe sich die Anwendung der bisherigen Minderheitenschutzgesetze als völlig enttäuschend gezeigt. Sie habe den Minderheiten selbst nichts genützt, aber als Mittel für eine herabsetzende Propaganda gegen diejenigen Staaten gedient, die ihnen unterworfen waren, und außerdem noch als politisches Druckmittel, das von Staaten angewandt wurde, die, ohne selbst durch diese Verträge gebunden zu sein, das Recht für sich in Anspruch nahmen, an ihrer Kontrolle teilzunehmen.

Es handele sich jetzt darum — und nach dieser Richtung richte er einen Appell an die Versammlung — die früher begangenen Fehler zu beseitigen und eine dauerhafte, klare und gleichförmige Grundlage zu schaffen, auf der das System des internationalen Minderheitenschutzes in einer endgültigen und haltbaren Art errichtet werden könne.

Zwangsverwaltung bei Pleß endgültig beschlossen

DNB Rattow, 13. Sept. Wie schon bekannt wird, hat das zivile Bezirksgericht in Rattow in seiner Sitzung am Donnerstag den Einspruch des Prinzen von Pleß gegen die Einleitung der Zwangsverwaltung über seine sämtlichen Betriebe abgewiesen. Gleichzeitig hat das Gericht zum Zwangsverwalter Ing. Heinrich Komowski, einen bekannten Industriellen, der bis vor kurzem in der Interzonen-Gesellschaft tätig war, bestellt. Die Entscheidung des Gerichts ist endgültig. Dem Prinzen von Pleß steht in der Beschwerdeangelegenheit kein weiteres Rechtsmittel zur Verfügung.

10